

VORAN

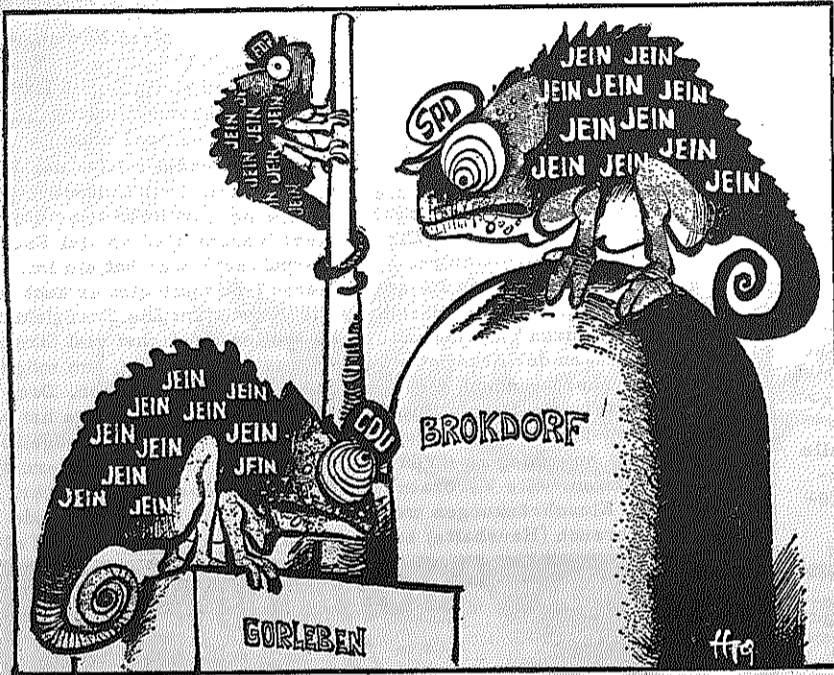
MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Sonderausgabe »Kernenergie«

40 Pfg. Solidaritätspreis 60 Pfg.

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPLANUNG!

ATOMKRAFT? NEIN DANKE!



REAKTORSTÖRFÄLLE: LÜGEN ÜBER LÜGEN

Lügen, Lügen und nochmals Lügen! Diesen Eindruck muß jeder gewinnen, der die Argumente und Propaganda der Ölkonzerne analysiert. Leider ist es unmöglich, die Wahrheit immer sofort ans Licht zu bringen. Beispielsweise hatten die AKW-Betreiber Stör- und Unfälle geheimzuhalten. Der Vertrag zwischen Bundesinnenministerium und der "Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH" (GRS), die alle Störfälleberichte der AKW-Betreiber sammelt und auswertet, eine Klausel, die beide Seiten verpflichtet "Stillschweigen gegenüber Dritten" zu bewahren. Die juristische Grundlage: die AKW-Betreiber beanspruchen "Urheberrecht" für ihre Störfälle (bzw. nur für ihre Störfälleberichte?)!

Offiziell wurden bis vor kurzem nur 14 Störfälle ("sicherheitstechnisch relevante Vorkommnisse") in bundesdeutschen AKWs zugegeben, davon sechs in der schwerwiegendsten Kategorie A. Ein Geheimbericht, der dem Bundesverband Bürgerinitiativer Umweltschutz (BBU) in die Hände gefallen ist und von ihm veröffentlicht wurde, zählt jedoch für denselben Zeitraum 139 Störfälle, davon 24 (1) in der Kategorie A auf! Durchschnittlich ereignet sich also alle drei Tage in einem bundesdeutschen AKW ein Störfall...

Wer will jetzt noch an "objektive", "sachliche", "neutrale" Fakten und Zahlen glauben, die von der Atom-Lobby stammen?

"Ohne Atomkraft gehen 1985 die Lichter aus!" - So heißt es in den Propagandablättchen der Energieversorgungsunternehmen (EVU). Das ist nicht wahr. Erstens bestehen gegenwärtig riesige Überkapazitäten bei den Elektrizitätswerken. Zweitens wird der erzeugte Strom oftmals unwirtschaftlich und unrationell eingesetzt, also sinnlos verschwendet.

Die Energieversorgungsunternehmen stecken in einer Absatzkrise ihres Produkts, des Stroms. Sie sind zwar mehrheitlich in Staats-hand, nutzen aber ihre Monopolstellung rigoros aus. Wie privatkapitalistische Unternehmen sind sie auf Ausweitung und Wachstum bedacht. Ihre Absatzplanung verläuft langfristig. Sie wollen den Strom, den sie produzieren, auch loswerden.

Eroberung neuer Märkte

Nur drei Anwendungsbereiche sind auf Energie in Form von Strom angewiesen:

- ▶ Antrieb von Maschinen, industrielle Fertigung
- ▶ Beleuchtung
- ▶ Information und Kommunikation.

Diese Bereiche machen nur 11% vom Endenergieverbrauch der BRD aus. Doch hier ist der Markt fast gesättigt. Hier läßt sich nicht mehr viel absetzen. Außerdem hat die Wirtschaftskrise 74/75 der Energiewirtschaft einen Strich durch die Rechnung gemacht: Der Primärenergieverbrauch stieg nicht mehr, sondern sank in zwei aufeinanderfolgenden Jahren. Weil die EVU ihren Strom nicht mehr auf den traditionellen Märkten loskriegen, suchen sie neue Absatzmöglichkeiten. Sie planen, den Wärmemarkt zu erobern, der mehr als 50% des gesamten Energieverbrauchs ausmacht. Seit Jahren betreiben sie einen Werbefeldzug:

Stop dem Atom- Programm aus Bonn



"Heizt mit Strom! Strom ist billiger und sauberer!". Hauptsächlich dafür wollen sie mehr Strom erzeugen - durch AKW's! Ihre Eroberungsstrategie auf dem Wärmemarkt hatte schon teilweise Erfolg. Neun Prozent aller Haushalte werden in der BRD schon komplett mit Strom beheizt, 35% von allem Warmwasser wird elektrisch erzeugt.

Verschwendung durch Heizung

Volkswirtschaftlich betrachtet, ist Heizen mit Strom eine gigantische

Verschwendung wertvoller Rohstoffe: Fast 70% der ursprünglich eingesetzten Energiemenge (Primärenergie) geht bei der Umwandlung in Strom oder beim Transport in Leitungen verloren. Nur 30% kommt überhaupt in den Steckdosen der Haushalte an. Normale Kohleöfen geben mehr als 80% der ursprünglichen Energie als Wärme ab.

Stromerzeugung-, „nebenbei“

Die Monopolstellung der EVU geht inzwischen selbst manchen Kapitalisten in anderen Industriezweigen auf den Wecker: Sie können nämlich fast "nebenbei" die Hälfte des gegenwärtigen Strombedarfs der BRD erzeugen, wenn sie ihren Wärmeüberschuß über Industriekraftwerke leiteten. Doch das wird den meisten von ihnen durch die EVU gründlich vermiest, weil sie dann nicht mehr in den Genuß der erheblich verbilligten "Industrietarife" für Strom kommen. 1960 brachten Industriekraftwerke noch 39% der Stromerzeugung auf, 1976 waren es nur 18%. Absolut ist der "nebenbei" erzeugte Strom sogar von 75 Mrd. kWh (1970) auf 58 Mrd. kWh (1976) gesunken. Würden alle Möglichkeiten systematisch ausgenutzt, in der Industrie "nebenbei" Strom zu erzeugen, dann käme man auf eine Leistung von ca. 30 000 MW. (Eine geheime Studie des Ölkonzerns BP gibt 21 000 MW zu!). 30 geplante AKW's von je 1 000 MW Kapazität wären überflüssig. (Anfang 1976 waren nur zehn AKW's mit einer Gesamtkapazität von 3 500 MW in Betrieb!)

Fortsetzung Seite 2

SPD-Linke muß NEIN zu AKWs durchsetzen!

Der Hamburger Parteitag der SPD hat sich 1977 entschlossen, neuen Kernkraftwerken nur unter 2 Voraussetzungen zuzustimmen: 1) Falls sich auf absehbare Zeit ein zusätzlicher Strombedarf nicht aus Kohle decken läßt. 2) Falls die "Entsorgung" der radioaktiven Abfälle geklärt ist. Das war damals vom Parteivorstand als Wischi-Waschi-Beschluß gedacht, der sich später wie Gummi in alle Richtungen ziehen und auslegen lassen würde. Trotzdem: Wer diese Voraussetzungen heute ernsthaft prüft, der muß zu dem Schluß kommen: sie treffen nicht zu, und neue AKWs dürfen nicht gebaut werden.

Im Dezember wird in Berlin der nächste Bundesparteitag der SPD stattfinden. Zweifellos wird es eine scharfe Auseinandersetzung um die Atomenergie geben. Es geht darum, ein klares und eindeutiges NEIN zu allen Atomkraftwerken durchzusetzen und deren Stilllegung zu fordern. Einige Bezirksparteitage sind mit ihren Beschlü-

sen schon einige Schritte in dieser Richtung gegangen. Andererseits schläft die Atomlobby nicht. Sie will ein JA durchpeitschen (das eventuell mit kleineren Einschränkungen verbunden ist).

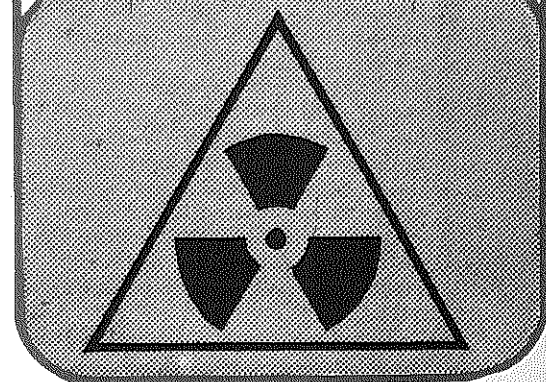
Die SPD-Mitglieder dürfen sich nicht von dem jüngsten Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder täuschen lassen, der angeblich das Problem der "Abfallbeseitigung" gelöst hat. Er ist ein rein taktischer Schachzug. Er hat nichts gelöst: Auf die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe in Gorleben wird vorerst verzichtet, genauso wie auf die "Endlagerung" der radioaktiven Abfälle. Stattdessen sollen vorerst die "Kompaktlager" im Bedarfsfall zu "Zwischenlagern" umgetauft werden. Für die Wiederaufbereitung soll bis 1985 ein anderer Standort gefunden werden. Man hofft, die Probebohrungen im Salzstock bei Gorleben (Niedersachsen) so hinzukriegen, daß man diesen Ort in ei-

Fortsetzung auf Seite 4

FRANKREICH: RISSE IM SERIENREAKTOR

In Frankreich werden AKWs in Serie gebaut. "Davon können wir nur träumen", schwärmte jüngst ein 'Experte' von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken. Die baugleichen Anlagen sparten angeblich nicht nur Kosten, sondern auch ihr Export sei viel leichter: "Wer seinem eigenen Land so viele Kernkraftwerke gleicher Bauart zumutet, hat einen stichhaltigen Sicherheitsbeweis und kann auf eine Menge Baupraxis pochen." - Der Wunschtraum wurde wenige Tage später jäh gestört: In 3 französischen AKWs der Baureihe 'PWR 900 NWE' wurden dieselben millimeter-tiefen Risse an den beiden wichtigsten Schwerkomponenten - am Reaktor-druckbehälter und am Dampferzeuger. Jetzt steht die Stilllegung des gesamten Atomprogramms bevor. Die ersten Risse wurden letztes Jahr schon während der Herstellung entdeckt. Daraufhin wurden ähnliche Materialfehler an fast allen Exemplaren dieses Pracht-Reaktortyps festgestellt. Betroffen sind 20 AKWs mit fast 20 000 MW elektrischer Kapazität. - Ein "Fortlaufen" der Risse kann während des Betriebes zum plötzlichen Aufreißen druckführender Hauptkomponenten führen. Solch' katastrophale Ereignisse sind in der Sicherheitsauslegung der französischen (und übrigens auch der deutschen) Leichtwasser-Reaktoren "nicht vorgesehen"....

ARTIKEL ÜBER



Warum Kernenergie so gefährlich ist

Kernenergie ist die gefährlichste Technologie, die gegenwärtig von Menschen angewendet wird. Ihre Handhabung hat deshalb schon weltweit zu Protestbewegungen und kämpferischen Widerstandskampagnen gegen den Bau von Anlagen der Kernkraftindustrie geführt. Ihre Gefahren lassen sich unmöglich im Rahmen eines Zeitungsartikels in allen Einzelheiten darstellen. Kurz zusammengefasst sind es u. a. folgende Punkte:

Radioaktive Strahlung

Jedes Atomkraftwerk (AKW) gibt über Schornsteine u. ä. selbst im störungsfreien "Normalbetrieb" radioaktive Stoffe an die Umwelt ab. Radioaktivität erzeugt Krebs, schädigt die menschliche Erbinformation, führt zu Fehlgeburten und kann noch nach Generationen bisher unbekannt Krankheiten unserer Nachkommen hervorrufen. AKW-Befürworter betonen oft: "1.) Verglichen mit der 'natürlichen' radioaktiven Strahlung aus dem Weltall und der Erdkruste ist die Gesamtbelastung aus dem Betrieb von AKW's vernachlässigbar gering. 2.) Radioaktive Stoffe, die trotz aller Sicherheitsmaßnahmen aus AKW's in die Umwelt gelangen, werden in der Atmosphäre derart verdünnt, daß sie keine Gefahr mehr für Leben und Gesundheit darstellen." Diese Argumente sind irreführend. Denn die sogenannte 'natürliche' Radioaktivität besteht hauptsächlich aus Strahlen, die von außen auf den menschlichen Organismus einwirken. Stoffe, die radioaktive Strahlen aussenden, wirken auf ganz andere Weise: Lebende Organismen haben die Eigenschaft, bestimmte Stoffe in die Gewebe einzubauen oder dort abzulagern, ohne sie wieder auszuscheiden. Im Laufe der Jahre werden sie deshalb im Organismus angesammelt und konzentriert. Gewisse Stoffe können in bestimmten Organen in einer Konzentration angehäuften werden, die das Millionenfache der durchschnittlichen Umgebungskonzentration übersteigt.

Einige radioaktive Elemente haben genau diese Eigenschaft. Sie werden in pflanzlichen, tierischen und menschlichen Organismen angesammelt. (Z. B. das radioaktive Strontium-90, das sich vornehmlich in Knochen ansammelt.) Strahlenschäden, die eintreten, wenn der menschliche Körper von innen her durch hochkonzentrierte radioaktive Stoffe beeinflusst wird, sind unvergleichlich größer als die der 'natürlichen' äußeren Strahlung. Außerdem: auch die 'natürliche Strahlung' ist nicht unschädlich.

Unfallgefahren

Trotz jahrhundertelanger Erfahrung und ständiger Verbesserungen kann die Technik heute noch keine absolut dichten Wasserrohrleitungen und -ventile bauen. Solche - vergleichsweise simplen - mechanischen Teile gibt es in jedem AKW zu Hunderten. Es ist bereits unzählige Male auf der ganzen Welt in AKW's zu "kleinere" Zwischenfällen gekommen, bei denen aus undichten Dampfleitungen und kaputten Ventilen unkontrolliert radioaktiver Dampf in die Umgebung geströmt ist. Die Sicherheitsbestimmungen in kerntechnischen Anlagen stellen zwar die schärfsten aller Industriezweige dar. (Das alleine beweist schon, daß AKW's auch weitaus gefährlicher sind als alle anderen Industriebetriebe.) Trotzdem sind dadurch keine gefährlichen Zwischenfälle verhindert worden. Fast jedes AKW auf der Welt blickt schon auf eine Geschichte "kleinerer" Zwischen- und Störfälle zurück, die auch schon öfters Todesopfer und Gesundheitsschädigungen der Beschäftigten zur Folge hatten. Solche Vorfälle werden meistens durch die AKW-Betreiber zu vertuschen versucht. Das jüngste Beispiel: Harrisburg (USA), wo es im März '79 fast zu einer gigantischen Katastrophe gekommen wäre... (Das war allerdings nicht mehr zu vertuschen.)

Abwärme

Jedes (Kern-) Kraftwerk kann nur einen gewissen Teil der erzeugten Energie in Elektrizität umwandeln. Fast zwei Drittel der Energie wird nutzlos als "Abwärme" in die Umwelt geblasen. Diese Aufheizung der Umwelt kann das Klima in der unmittelbaren Umgebung entscheidend beeinflussen und zu ständiger Nebelbildung führen. Falls ein AKW mit Flußwasser gekühlt wird, kann eine verhängnisvolle Kettenreaktion in Gang kommen: Der Fluß wird um einige Grad Celsius aufgeheizt. Dadurch nimmt erstens der Gehalt des im Wasser gelösten Sauerstoffs ab. Dieser Sauerstoff ist für alle im Wasser existierenden Organismen lebensnotwendig. Zweitens be-

schleunigt die erhöhte Temperatur den Ablauf aller biologischen Prozesse, wofür ebenfalls mehr Sauerstoff verbraucht wird. Diese Kettenreaktion kann zu einer rapiden Abnahme des Sauerstoffgehaltes im betroffenen Fluß führen. Das Stoffgleichgewicht wird entscheidend gestört und der größte Teil des Lebens im Wasser abgetötet. Die toten Organismen werden dann durch Fäulnisbakterien vollends zersetzt, die dafür den verbliebenen Restsauerstoff endgültig verbrauchen. Ein ganzer Fluß kann durch diesen Prozeß zum "Umkippen" gebracht und in eine faulende, stinkende, leblose Kloake verwandelt werden, die keine Selbstreinigungskraft mehr besitzt.

Schrott und Abfälle

AKW's produzieren selbst im "Normalbetrieb" hochgiftige und stark radioaktive Abfälle und Rückstände. Diese können nicht entgiftet oder sonstwie unschädlich gemacht werden. Man kann nur abwarten, bis sie - entsprechend physikalischen Naturgesetzen - nach einer gewissen Zeit von selbst zerfallen sind. Dieser Zerfall geht unter Aussendung radioaktiver Strahlung vor sich. Manche radioaktiven Elemente brauchen für ihren (fast) vollständigen Zerfall allerdings Hunderttausende von Jahren! Während dieser ganzen Zeit strahlen sie radioaktiv und bilden deshalb eine potentielle Gefahr. Selbst wenn diese Rückstände während des höchstens 20- bis 30jährigen Betriebs eines AKW's unter Verschluss bleiben: danach müssen sie z. T. Hunderttausende von Jahren "sicher" gelagert und unter riesigem finanziellen Aufwand ununterbrochen beobachtet und überwacht werden. Während dieser Zeit darf kein Fehler gemacht werden, da sonst eine Katastrophe droht, die unvergleichlich größer sein kann, als alle natürlichen oder technischen Unfälle, welche die Menschheit bisher erlebt hat.

Alle AKW's haben - wie alle anderen technischen Anlagen - nur eine begrenzte Lebensdauer. Sie beträgt höchstens 20 bis 30 Jahre, danach müssen sie stillgelegt und verschrottet werden. Die sichere und ungefährliche Verschrottung von Tausenden von Tonnen schwach radioaktiven Materials ist bis heute ungelöst. Dutzende von AKW's, die heute schon in Europa in Betrieb sind, werden eines Tages strahlende Atomruinen sein. Sie wurden gebaut, ohne daß ein Mensch wußte, wie später das strahlende Zeug wieder unschädlich gemacht werden soll. Erste Experimente ("Experimente" im wahren Sinne des Wortes!) bezüglich dieses Problems werden erst heute angestellt...

FÜR EINE SOZIAL

Fortsetzung von Seite 1

Wirtschaftswachstum trotz sinkendem Energieverbrauch

Vor wenigen Jahren noch sollte uns eingeredet werden: "Für Wirtschaftswachstum brauchen wir Energieverbrauch!" Heute ist klar: das war eine Propagandaparole der Energiemonopole. Tatsache ist, daß die Wirtschaft wachsen kann, ohne daß die Energieproduktion ansteigen muß.

In den USA wuchs die Produktion seit 1974 um durchschnittlich 3,3% jedes Jahr, während der Energieverbrauch nur um 0,4% anstieg. Mit einer rationelleren und effektiveren Nutzung der Energie zum Antrieb von Maschinen, zum Heizen usw. ist sogar ein Wirtschaftswachstum bei gesenktem Energieverbrauch möglich!

In der BRD lag der Primärenergieverbrauch im Jahr 1976 sogar um 2% niedriger als 1973, während das reale (!) Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum um 3% angestiegen war. Diese Energieeinsparung kam durch "Marktkräfte" zustande: Wegen der drastischen Ölpreisverteuerung durch die OPEC-Länder, die die multinationalen Ölmagnate für einen weiteren satten Aufschlag zu ihren Gunsten nutzten. Alle Verbraucher wurden zu Einschränkungen und Minderverbrauch (Haushalte) bzw.

Leistung verloren (durch ineffiziente Konstruktion der Antriebsübertragung oder Fehlanpassung von Motor und Maschine). Schaltete man nur die Hälfte dieser Verluste aus, was technisch leicht möglich ist, dann würden 60 Mio. MWh Strom gespart. Das entspricht der Jahresstromarbeit von 12(!) AKW's mit je 1300 MW Leistung.

Haushaltsgeräte könnten, was technisch sehr einfach wäre, bei 5-10% Mehrkosten 2-3,5 mal so sparsam im Verbrauch gemacht werden. Bei konsequenter Anwendung dieser Verbesserung läge der Stromverbrauch der Haushalte selbst dann unter dem heutigen Niveau, wenn in jedem Haushalt je ein Exemplar eines jeden elektrischen Haushaltsgerätes eingeführt würde (... aber so weit ist es noch nicht!).

Leider packt Eppler das Problem auf eine rein technokratische Weise an. Er stellt nicht die Fragen: Warum wird so viel Energie verpulvert? Wer hat ein Interesse daran? Deshalb gibt er auch nicht die Antworten: Die Energiekonzern wollen möglichst viel Strom, Öl usw. verkaufen, um möglichst hohe Profite zu machen. Das System des Kapitalismus hat seit seinem Bestehen einen zügellosen Raubbau an den Reichtümern der Natur getrieben. Eppler führt alles auf eine vorherrschende Wachstumsideologie und auf die



Gräber-Demonstration mit 100.000 kurz nach dem Harrisburg-Unfall

besserer Energienutzung (Industrie) gezwungen. Doch im großen und ganzen verursachen die blind und chaotisch wirkenden Marktkräfte eine einzigartige Verschwendung aller Rohstoffe und der Energie. Dies wird durch das Interesse der Energiemonopole, möglichst viel zu verkaufen, noch verstärkt.

Bessere Energieausnutzung statt größerer Energieproduktion

In einer im Mai erstellten Studie kommt der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Eppler zu verblüffenden Ergebnissen über die Möglichkeiten einer besseren Energieausnutzung. Hier nur einige Beispiele:

Würde die schwedische Art der Wärmeisolierung von Gebäuden in der BRD eingeführt, dann ließen sich 74% (!) der gegenwärtig verpulverten Raumheizenergie einsparen. Das entspricht 50 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) an Öl oder 27% des bundesdeutschen Gesamtölverbrauchs! (Die zur Herstellung der Wärmedämmstoffe verbrauchte Energie würde im Bruchteil eines Jahres wieder eingespart.) Die Baukosten erhöhen sich durch bessere Wärmedämmung um 10-15%, sind aber nach weniger als 10 Jahren wieder eingespart durch die auf ein Viertel gesenkten Heizkosten. Die Einführung dieser Gebäudeisolierung würde gleichzeitig 240 000 Arbeitsplätze für die Dauer von 20 Jahren schaffen...

Durch Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser lassen sich 33-50% der Energie zur Erzeugung von Warmwasser einsparen.

Bei industriellen elektrischen Antrieben gehen 50-70% der vom Motor abgegebenen

Zügellosigkeit des Menschen an sich zurück. Er zäumt das Pferd am Schwanz auf. Er appelliert an die Menschheit, ihre "unvernünftige" Wachstumsideologie aufzugeben und sich zu seiner "vernünftigen" Sparsamkeitsideologie zu bekehren. Dadurch wird sich nichts ändern. Die Verschwendung von Rohstoffen ist in der Funktionsweise des kapitalistischen Systems selbst angelegt. Sie aufzuheben setzt voraus: das System zuerst aufzuheben.

Riesige Überkapazitäten

Das Jahr hat ungefähr 8760 Stunden. Ein deutsches E-Werk ist gegenwärtig nur 4000 Stunden im Jahr ausgelastet. Noch Anfang der 70er Jahre betrug die Nutzungsdauer mehr als 5.000 Stunden pro Jahr: Die EVU haben riesige Überkapazitäten aufgebaut.

Besonders groß sind die Überkapazitäten bei den Hamburger Elektrizitätswerken (HEW). Sie konnten 1977 in 14 Kraftwerken eine maximale Leistung von 3782 MW erzeugen. In dieser Zahl sind Reservekraftwerke, die bei Störfällen und Reparaturzeiten und bei Verbrauchsspitzen zugeschaltet werden müssen, enthalten. Der bisherige Spitzenverbrauch lag im Dezember 1977 bei 2.050 MW. Die Differenz zwischen Maximalverbrauch und Maximalleistung beträgt demnach 1730 MW. Im Höchstfall wird also nur 54% der vorhandenen Kapazität benutzt. Bei einer von der HEW selbst angenommenen Stromabnahmesteigerung von 5,5% jährlich (dies ist mit Sicherheit zu hoch gegriffen!) werden die heute vorhandenen Kapazitäten noch bis Anfang 1989 ausreichen! Trotzdem sollen demnächst das AKW Krümmel/Elbe mit 1300 MW und 1982 das AKW Brokdorf/Elbe mit 1400 MW in Betrieb gehen!

Buchempfehlung :»Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie«

Die Atomindustrie steuert seit Jahren eine teuere Werbekampagne zugunsten ihrer Interessen. Dabei macht sie vor Verdrehung, Verfälschung und Verschweigen von Tatsachen nicht halt. Ein typisches Machwerk ihres Feldzuges ist das in mehreren Auflagen erschienene Reklameheft "66 Fragen - 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie". Wissenschaftler der Uni Bremen haben darauf eine Erwiderung geschrieben: "66 Erwiderungen - Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie". Die 12köpfige Autorengruppe nimmt darin in allen Einzelheiten die Argumente der AKW-Bauer und -Betreiber auseinander und weist ihnen ihre Meinungsmanipulation nach.

Das Buch druckt alle "66 Fragen

und Antworten" der Atomindustrie vollständig ab. Darin liegt ein Vorteil dieser Schrift. Sie stellt keine einseitige Auswahl von Zitaten dar.

"Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie - 66 Erwiderungen (Eine Kritik des Reklamehefts: '66 Fragen, 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie')".
Autorengruppe des Projekts SAIU an der Uni Bremen.
Oberbaumverlag Berlin - ISBN 387628 0974 - 7,50 DM.

Anhand der 66 Erwiderungen kann sich jeder Leser ein eigenes Bild machen, wie es wirklich um die Gefahren der Kernenergie steht. Allerdings ist es nicht gerade

leicht zu verstehen. Die Autoren nehmen keine Vereinfachungen vor (im Gegensatz zur Propaganda der Atomkonzerne und des Staates). Deshalb hat der Leser auch einige Mühe aufzuwenden.

Das Buch ist in seiner ersten Auflage bereits 1975 erschienen. Inzwischen hat es bereits zehn Auflagen mit insgesamt 60 000 Exemplaren erreicht. Es ist ein hervorragender Einstieg für alle, die mehr über die Diskussion und die Kämpfe um die Kernenergie verstehen wollen. Die neuesten Auseinandersetzungen, die sich vor allem auf die "Wiederaufbereitungsanlagen" verbrauchter Kernbrennstäbe (Gorleben) und um den Bau "Schneller Brüter" entzündeten, kommen allerdings etwas kurz.

STATISCHE ENERGIEPLANUNG!

Die Energiemonopolisten sind wegen dieser Überkapazitäten gezwungen, einen Propagandafeldzug zur Stromverschwendung in Gang zu setzen und den Haushalten elektrische Leistungen aufzuschwatzen.

Strom - Preis - Profit

Die Energieversorgungsunternehmen befinden sich in Öffentlicher Hand. Die "Politiker" bestimmen aber wenig über ihre Geschäftspolitik. Die EVU-Manager steuern umgekehrt die politischen Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen... "Der Schwanz wackelt mit dem Hund."

Die EVU-Manager verhalten sich genau so wie private Unternehmer: Ihre Devise heißt: Strom möglichst teuer und möglichst expansiv verkaufen!

So haben die HEW (trotz Überkapazitäten!) ihre Strompreise für die privaten Haushalte von 1972-74 um 54% erhöht! Die billigen Sondertarife für industrielle Großabnehmer blieben gleich. Ein Haushalt zahlt 10-15 Pfennig pro kWh, die Industrie nur 2-4 Pfennig. Von jeder Mark Stromrechnung, die ein privater Haushalt bezahlt, gehen mindestens 30 Pfennig indirekt als Preissubvention an einen industriellen Großabnehmer. Neue Preiserhöhungen hat der Verband deutscher Elektrizitätswerke angekündigt. Die Milliarden (Fehl-)Investitionen in riesige (Über-)Kapazitäten müssen sich ja schließlich lohnen... Die privaten Stromverbraucher müssen sie durch Preiserhöhungen bezahlen. Denn AEG und Siemens und all die Bankenvertreter im Aufsichtsrat der HEW werden schon dafür sorgen, daß ihre Aufträge und Kredite bezahlt werden...

von Atomindustrie, Großbanken und Versicherungen tanzen. Die Energiewirtschaft muß unter die Kontrolle der Arbeiter und ihrer Organisationen überführt werden. Private Aktienanteile in der Hand von Großkonzernen müssen enteignet werden.

Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Energieversorgungsunternehmen können

tes" verlassen, um einer möglichen Energiekrise zu entkommen. Radikale antikapitalistische Maßnahmen sind nötig. Energieproduktion muß gesellschaftlich geplant werden - entsprechend dem wirklichen Bedarf und bei ausreichendem Umweltschutz. Gleichzeitig sind alle Einsparmöglichkeiten von Elektrizitäts- und Energieverbrauch durch bessere

Verfahren zu überprüfen und zu erforschen. Alle Industrieunternehmen müssen gezwungen werden, diese bessere Nutzung vorzunehmen. Sollten sie sich weigern, müssen sie enteignet, in Staatseigentum überführt und unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden.

cher Hand. Die "Politiker" bestimmen aber wenig über ihre Geschäftspolitik. Die EVU-Manager steuern umgekehrt die politischen Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen... "Der Schwanz wackelt mit dem Hund."

te konkret so aussehen.

Die EVU werden durch gewählte Aufsichtsräte verwaltet, in denen ein Drittel der Sitze von direkten Gewerkschaftsvertretern des betreffenden Betriebes besetzt werden.



Ein weiteres Drittel dieser Aufsichtsratsitze wird durch gewählte Vertreter des DGB eingenommen.

Ein Drittel der Sitze sollen Vertreter des Staates und der Regierung einnehmen.

Damit eine breite Öffentlichkeit das Geschäftsgebarren dieser Aufsichtsrats- und Verwaltungsorgane kontrollieren kann, müssen drei weitere Bedingungen gewährleistet sein:

Nutzung systematisch zu überprüfen und zu erforschen. Alle Industrieunternehmen müssen gezwungen werden, diese bessere Nutzung vorzunehmen. Sollten sie sich weigern, müssen sie enteignet, in Staatseigentum überführt und unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden.

Alternative Energiequellen erforschen

Die alternativen Energiequellen müssen erforscht werden. Hierzu ist ein massives staatliches Forschungsprogramm notwendig. Mehr als 20 Mrd. DM hat die Atomindustrie seit 1956 von verschiedenen Regierungen geschenkt bekommen. Ohne diese Subventionen für Grundlagenforschung und Entwicklung der Reaktortechnik wäre die Atomindustrie heute nicht konkurrenzfähig und profitträchtig.

Weltweit strahlt jedes Jahr 15 000 mal (!) so viel Energie in Form von Sonnenstrahlen ein als an Primärenergie verbraucht wird. Selbst die BRD, ein relativ sonnenarmes Land, wird Jahr für Jahr mit dem 80fachen ihres Primärenergieverbrauchs durch die Sonne bestrahlt. Dieses große Energiereservoir gilt es zu nutzen.

Die kapitalistische Energiewirtschaft hat dabei versagt. Ihr Antrieb ist die Profitsucht. Dabei kommen Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Unfallverhütung und Wirtschaftlichkeit zwangsläufig zu kurz. Dieses System muß ersetzt werden durch eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Erst dann bestehen die Voraussetzungen dafür, ökologische und ökonomische Sicherheit gleichzeitig zu gewährleisten.

Kernenergie vernichtet Industriearbeitsplätze

Warum setzen die Unternehmer Maschinen ein? - Weil sie Arbeitskräfte einsparen wollen!

Wie werden Maschinen angetrieben? - Durch elektrischen Strom!

Warum also brauchen die Kapitalisten mehr Strom? - Damit sie mehr Maschinen einsetzen können!

Durch Strom angetriebene Maschinen vernichten Arbeitsplätze!

"Kernenergie schafft Arbeitsplätze" - Mit dieser eingängigen Parole versucht die Kernindustrie alle Arbeitnehmer zu ködern. Sie sollen den Bau von AKW's unterstützen. Sie sollen zur Wut gegen Umweltschützer und solche Gewerkschafter angestachelt werden, die sich aktiv dem Ausbau des "Atomstaates" in den Weg stellen.

Wie sieht die Wahrheit aus?

Wenige nüchterne Fakten genügen:

1) Ungefähr die Hälfte des erzeugten Stroms wird heute von der Industrie verbraucht. Von 1960 bis 1975 stieg die Stromerzeugung in der BRD von ca. 150 Mrd. Kilowattstunden (kWh) auf 315 Mrd. kWh. Warum? Weil die Unternehmer für die Industrieproduktion es brauchen. Die reale Industrieproduktion verdoppelte sich in diesem Zeitraum.

2) Die Verdopplung der Industrieproduktion ist zurückzuführen auf die Tatsache, daß sich die Produktivität pro Arbeiterstunde auf das 2,3fache erhöhte - obwohl die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie sank!

3) Für die Erhöhung der Produktivität wurde mehr Strom verbraucht. 1960 lag der Stromverbrauch je geleisteter Arbeiterstunde bei 5,5 kWh durchschnittlich, 1975 bei 16,0 kWh. Er hat sich

also verdreifacht.

4) 1960 betrug die Anzahl der Industriearbeiter rund 6,6 Millionen. 1975 waren es nur noch 5,3 Mio. Es wurden 1,3 Mio. Arbeitsplätze wegrationalisiert. Dies geschah durch den verstärkten Einsatz stromgetriebener Maschinen.

5) Um dies zu ermöglichen, mußten die Kraftwerkskapazitäten gigantisch ausgebaut werden. 1960 betrug die Kapazität der Elektrizitätswerke 25 000 Megawatt (MW). 1975 betrug sie 75 000 MW.

6) **Schlußfolgerungen:** Die in 15 Jahren zusätzlich geschaffene Kapazität von 50 000 MW Strom schaffte die Voraussetzung für die Wegrationalisierung von 1,3 Mio. Industriearbeitsplätzen. Jedes zugebaute MW an Kapazität vernichtete 26 Arbeitsplätze. Ein Atomkraftwerk von 1300 MW (wie es beispielsweise in Brokdorf geplant ist) würde 34 000 Arbeitsplätze vernichten, und zwar für immer!

7) Demgegenüber werden für den Bau eines solchen nur 6 500 Arbeitskräfte benötigt - und das lediglich sechs Jahre lang! Wenn der AKW-Bau fertiggestellt ist, und falls alles reibungslos funktioniert, dann werden für seinen Betrieb höchstens noch 150 (zumeist hochqualifizierte Techniker) benötigt.

Bayrische Atomruine wird abgerissen

"Jeder Arbeitsschritt bei der Beseitigung wird dokumentiert, das heißt schriftlich festgehalten und vom TÜV bestätigt", beteuert die Abbruchfirma. Der Abriß ist allerdings noch garnicht genehmigt. Es wird zwei Jahre dauern, "bis technische Voraussetzungen, Genehmigungssituation und Endlagerbedingungen geklärt werden". Für das Vorhaben werden durch die Abbruchfirma spezielle fernbediente Trenn- und Zerlegegeräte entwickelt. Überhaupt werde alles Erdenkliche getan, um Leben und Gesundheit der Abbrucharbeiter zu schützen. Sie werden ständig gesundheitlich überwacht. Die Arbeiten erfolgen innerhalb der Sicherheitshülle. Entstehenden Aerosole (in der Luft schwebende kleinste Teilchen) und Staub werden über komplizierte Filteranlagen abgesaugt. Ein gigantischer Aufwand...

Wofür eigentlich? Was ist da so gefährlich? Es geht um den Abriß des Atomkraftwerks in Niederaichbach (Bayern). Der erste AKW-Abriß in der Geschichte der BRD. Kein Mensch weiß genau, wie das funktionieren wird. Und ob es gut geht. Sagen deswegen alle "Experten", das Projekt habe "Modellcharakter"?

Der Abriß wird mindestens 80 Mio. DM kosten. Der Bau hat schon 240 Mio. DM gekostet. Davon hat der Bund 130 Mio. DM und der Freistaat Bayern 10 Mio. DM bezahlt. Das heutige Wrack hat nur 1 1/2 Jahre Probelauf überstanden. Dieser war von vielen Störungen unterbrochen. Dann mußte es Mitte '74 abgeschaltet und Ende '75 ganz stillgelegt werden. Allein die Überwachung kostete seither jährlich Hunderttausende.

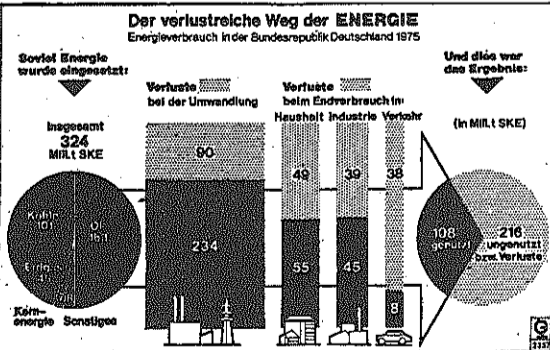
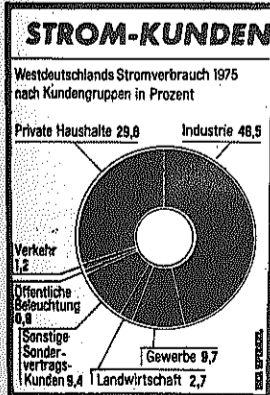
In der Schweiz lief einmal ein Reaktor gleichen Typs (ein sog. "Schwerwasser-Druckröhren-Reaktor"). 1969 wurde der nach schweren Störungen in eine Höhle eingemauert. Man traute sich nicht, das strahlende Ding abzureißen.

Hier in der BRD ist man risikobereiter. Allerdings war der Reaktor in Niederaichbach nur 13 Tage lang mit voller Leistung be-

lastet. Ein Glück, denn deshalb wird das "strahlensichere Zerlegen und der Abtransport der strahlenden Ruinentteile relativ vereinfacht" (im Vergleich zu einem AKW, das Jahre oder Jahrzehnte voll im Betrieb war)". Preisfrage: Wie groß wird der Aufwand erst sein müssen, wenn ein Abbruch "relativ unkompliziert" wird, weil das AKW jahrzehntelang "problemlos" lief?

Die Baumasse in Niederaichbach umfaßt 130 000 Tonnen. Davon sind 13 000 t radioaktiver Metallschrott. Außerdem ist noch die 2m dicke Stahlbeton-Schutzmauer (700t) an ihrer Innenseite 60cm tief durch Neutronenstrahlen aktiviert und verseucht. Das alles muß irgendwo sicher abgelagert werden. Wo, das ist noch ungewiß. Oder es wird verschwiegen. Es ist die Rede von dem Salzbergwerk Asse (Niedersachsen). Aber Asse war nur eine Versuchsdeponie! Inzwischen ist sie wieder geschlossen...

Übrigens: Nach Beendigung der Abbrucharbeiten in ca. sechs Jahren soll der Bauplatz wieder "wie eine grüne Wiese aussehen". Wer's glaubt, wird selig...



Kapitalismus: unfähig, Energie optimal zu nutzen

Für demokratische Arbeiterkontrolle über die Energiewirtschaft

Es gibt nur eine Lösung des Energieproblems:

Die öffentlichen EVU, die sich genau so ausbeuterisch wie kapitalistische Monopole verhalten, müssen der Kontrolle von Aufsichtsräten und Managern entrisen werden, die nach der Pfeife

- Jederzeitige Abwahlmöglichkeit aller Aufsichtsräte.
- Nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn als Entgelt für hauptamtliche Aufsichtsratsstätigkeit.
- Das Recht aller Interessierten auf jederzeitigen Einblick in die Geschäftsbücher und Konten der EVU.

Wir dürfen uns nicht auf die "Selbstheilungskräfte" des Mark-



VORAN

»Strahlenshöchstgrenze« - nach dem Kostenprinzip festgelegt

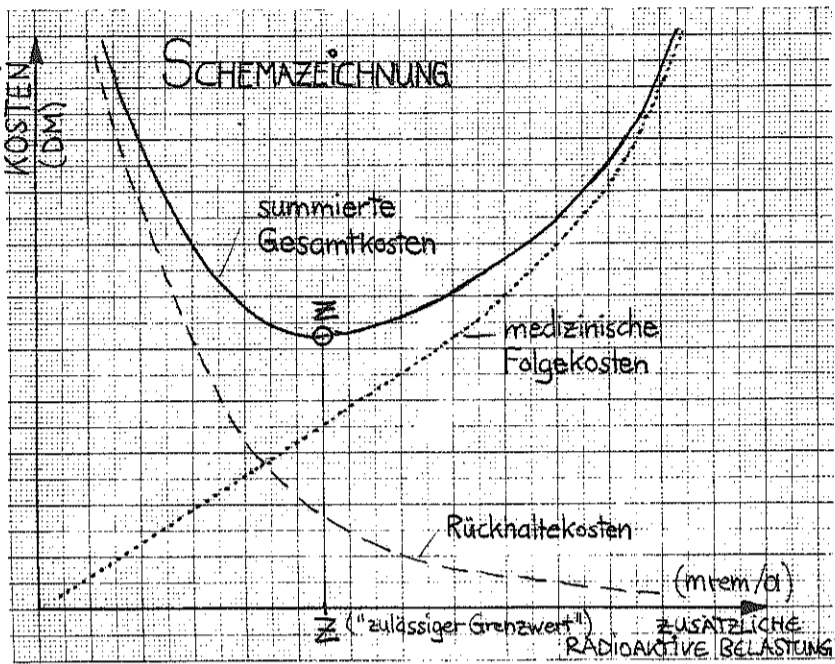
In der Publikation Nr. 22 der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) wird den Regierungen empfohlen, auf welche Weise sie die Strahlengrenzwerte festlegen sollen, die der Bevölkerung zugemutet werden. Es wird zugegeben, daß es keine unschädliche Strahlenmenge gibt!

Jede atomtechnische Anlage führt also zu medizinischen Folgekosten für die Gesellschaft: Kranken- und Rentenversicherungsträger müssen umso mehr zahlen, je mehr die Krebsfälle aufgrund der ansteigenden Strahlenbelastung anwachsen. (punktierte Linie).

Für die Atomindustrie entstehen andererseits umso mehr Kosten, je geringer der Ausstoß an Radioaktivität sein soll, weil sie dann teure Rückhaltesysteme einbauen muß. (gestrichelte Linie).

Das Problem lautet also: hohe Strahlung - hohe Krankheitskosten; geringe Strahlung - hohe Rückhaltekosten. Was tun?

Die internationale Strahlenschutzkommission hatte eine wahrhaft originelle Idee: Sie versuchte, die Gesamtkosten (durchgezogene Linie) der jeweilig erlaubten Strahlung abzuschätzen. Dort wo die Gesamtkosten am niedrigsten sind, wird der "zulässige Höchst-



grenzwert" für die erlaubte radioaktive Belastung festgesetzt! (In unserer Zeichnung mit "Z" markiert)

Damit wird bewusst in Kauf genommen und eingeplant, daß es ein gewisses Ausmaß an Gesundheitsschäden gibt - auch wenn der "zulässige Höchstwert" der Belastung

noch nicht erreicht wird. Die Atomindustrie allerdings versucht, den "zulässigen Höchstwert" als "absolut unschädlich" darzustellen. In der Regel kann ein an Strahlenkrebs Erkrankter nicht nachweisen, daß er von einer Atomanlage geschädigt wurde, schon gar nicht, von welcher...

Fortsetzung von Seite 1

SPD-Linke

nigen Jahren der Bevölkerung als "sicher für die Endlagerung" verkaufen kann. Gerichtsurteile, die in der Vergangenheit AKW-Bauten stoppten (weil keine Abfallbeseitigung und -lagerung gesichert war) hofft man, durch diese Tricks wieder rückgängig zu machen. Jedenfalls: durch diese überhasteten Beschlüsse wird die Sicherheit der Abfallbehandlung nicht im geringsten erhöht. Also: nicht an der Nase herumführen lassen, wachsam bleiben und Widerstand leisten.

Die Jungsozialisten haben eine Unterschriftensammlung unter allen SPD-Mitgliedern für den Baustop an AKWs gestartet.

Diese Aktion fand (wo sie durchgeführt wurde) an der Basis bereits ein gutes Echo. Sie muß weitergeführt werden.

Allerdings zeigt sich an dieser Aktion des Juso-Bundesvorstandes wieder einmal der typische Mangel aller Juso-Forderungen: Sie werden isoliert voneinander erhoben, sind reformistisch, ohne Zusammenhang mit der Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Zwar gibt es hunder-

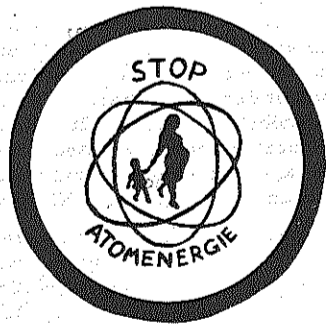
te von Konferenzbeschlüssen, in denen abstrakt "Gemeineigentum der Schlüsselindustrien", "vollständige Rahmenplanung der Produktion" und "Sozialismus" gefordert wird. Aber es wird immer wieder versäumt, praktische Ansatzpunkte zu finden, mit deren Hilfe diese Forderungen einer breiteren Öffentlichkeit verständlich gemacht werden können.

Was spricht eigentlich dagegen, damit bei der Energiefrage endlich anzufangen? Ist die Atomindustrie keine Schlüsselindustrie? Hängt der Bau von AKWs nicht mit dem Expansionsstreben und der Profitgier der Energiemonopole zusammen? Hat der Raubbau an den

wirtschaft zu propagieren, und diese auf eine überzeugende Weise in der Öffentlichkeit zu vertreten? Sollen wir die Stilllegung der AKWs fordern, nur um es hinterher wieder den Energiemonopolen zu überlassen, was sie als nächstes aushecken? Wollen wir es dem "freien Spiel der Kräfte" anheimgeben, wie die Energieprobleme und die Rohstoffknappheit überwunden - nein, verschärft - werden? Dürfen wir es zulassen, daß die Atomindustrie mit 130 000 Entlassungen im Fall eines Baustopps droht und somit die betroffenen Kollegen zum Spielball ihrer Interessenmacht, ohne daß wir Alternativen dagegensetzen? Müssten wir nicht offensiv "Herstellung von sinnvollen Alternativprodukten", "Erforschung alternativer Energiequellen" und "demokratische Arbeiterkontrolle" in diesem Industriezweig propagieren (der ja ein sehr hohes technisches Niveau besitzt)?

Diese Fragen zu stellen, heißt: sie zu 90% schon beantwortet zu haben. VORAN ist der Meinung, daß es höchste Zeit ist, den Atomkurs zu ändern. Die SPD-Linke muß einen Baustop durchsetzen. Sie darf aber dabei nicht stehen bleiben. Eine umfassende sozialistische Lösung des Energieproblems und alle damit zusammenhängenden Fragen (Umwelt, Arbeitsplätze usw.) muß in Angriff genommen werden, sonst bleibt alles Stückwerk...

natürlichen Rohstoffen und die Verschwendung kostbarer Energie nichts mit dem kapitalistischen System zu tun? Gibt es denn nicht gerade in dieser Frage eine hervorragende Möglichkeit, die Vorteile einer demokratischen Plan-



Kampffonds

Lieber Leser!

Vielleicht ist dies Dein erstes Exemplar unserer Zeitung VORAN, das den Weg zu Dir gefunden hat. Wir hoffen, daß Du abonnieren wirst. Aber Du kannst noch mehr tun, um uns zu unterstützen: durch Geldspenden. Wir wollen VORAN noch öfter erscheinen lassen (als nächsten Schritt 14-tägig anstatt monatlich), einen größeren Umfang erreichen, ein besseres Lay-Out und ein besseres Schriftbild (Composersatz) anstreben. Dafür brauchen wir Geld. Wir werden von niemandem unterstützt: vom 'Osten' nicht (weil wir gegen die stalinistische Bürokratenherrschaft und gegen AKWs auch dort sind) - vom Großkapital nicht (warum, das wissen wir auch nicht...) - und von SPD und DGB ebensowenig (weil

wir deren Politik zu oft kritisieren). Wer bleibt also übrig? - Nur Du! Viele Leser schicken uns schon regelmäßig Spenden zu, sammeln Geld, oder zahlen freiwillig den doppelten Aboppreis. Überlegst Du Dir das auch mal? Vielen Dank!

Redaktion VORAN
SPENDENKONTO:
Angela Bankert, PschA Essen
2422 50-432

VORAN
VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE I
Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.
Erscheint seit Dezember 1973
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5430 Remscheid
Konto: Postcheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

WER WIR SIND + WAS WIR WOLLEN

I. Das Redaktionskollektiv VORAN besteht aus aktiven Gewerkschaftern, Falken und Jungsozialisten in der SPD. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in der deutschen Arbeiterbewegung wieder das Programm des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen. Wir sind uns im klaren darüber, daß der Aufbau einer sozialistischen Demokratie erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn alle Schlüsselindustrien, Großbetriebe, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind und unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung stehen. Reformistische Halbheiten und "Zwischenschritte" werden nur zu Niederlagen führen.

Eine sozialistische Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse wie der Bevölkerung aktiv dafür kämpft. Sektiererische Minderheiten, die sich in Form von "revolutionären" Kleinstparteien anmaßen, die Arbeiterklasse zu vertreten, werden keine Chance haben. Andererseits ist eine sozialistische Umwälzung keine rein spontane Angelegenheit. Sie wird nie gelingen, wenn nicht aus der Arbeiterbewegung heraus eine Führung hervorgeht, die die einzelnen Kämpfe zusammenfaßt, verallgemeinert und koordiniert.

SPD und DGB sind die traditionellen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse. In den kommenden Jahren werden weltweit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisen zunehmen. Der Nachkriegsaufschwung ist vorbei. Deshalb wird es in allen Ländern der Erde wieder zu sozialen Spannungen, verschärften Auseinandersetzungen und verstärkten Klassenkämpfen kommen. In diesem Prozess werden die Arbeiter wieder auf ihre traditionellen Organisationen zurückgreifen, auf der Suche nach einer politischen Antwort. In diesem Zusammenhang werden diese Organisationen die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln. Sie werden polarisiert und von unten her durch frische Impulse, neue Ideen und jugendliche Mitglieder wieder belebt und umgewälzt werden.

Deshalb müssen alle Sozialisten schon heute in SPD und DGB eine klare Alternative zur gegenwärtigen Politik der Führung anbieten. Ihr Ziel muß sein, die Partei- und Gewerkschaftsbasis für ein umfassendes sozialistisches Programm zu gewinnen.

Wir treten ein für eine absolute SPD-Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms. Wenn eine sozialistische Regierung ihr Programm im Parlament mit Mehrheit verabschiedet hat, dann kann es jedoch nur durchgeführt werden, falls sie gleichzeitig die organisierte Arbeiterbewe-

gung zu ihrer Unterstützung mobilisiert. Denn die herrschende Klasse wird mit allen Mitteln gegen ihre Entmachtung und ihre Enteignung vorgehen. Sie wird ihren Staatsapparat - Bürokratie, Justiz, Polizei und Armee - einsetzen, um den Übergang zum Sozialismus zu verhindern, selbst wenn die Mehrheit diesen will. Nur wenn die Arbeiterbewegung dann entschlossen handelt und die Armee der Herrschenden dadurch unbrauchbar macht, daß sie deren Basis auf ihre Seite gewinnt, kann eine blutige Niederlage wie in Chile vermieden werden.

II. Die Arbeiterklasse ist die stärkste potentielle Kraft in der heutigen Gesellschaft. Deshalb kann die Anti-Atomkraft-Bewegung gegen deren Widerstand nichts durchsetzen. Ohne ihre Sympathie, ihr Verständnis oder gar ihre aktive Unterstützung werden die AKWs nicht stillgelegt werden können. Die Atomindustrie hat es jedoch bisher mit Erfolg verstanden, weite Teile der Arbeiterklasse, des DGB und der SPD hinter sich zu ziehen. Ihre Propaganda "AKWs schaffen Arbeitsplätze" wirkt. Unterstützt wird sie dabei von einer rechten Betriebsratsmafia der Atomkonzerne sowie dem widerlichen "Atomfilz" in den Gewerkschaften.

Allerdings hat sich im DGB bereits ein "Aktionskreis Leben" gebildet, durch den kritische Kollegen versuchen, ein Gegengewicht zum Atomfilz zu bilden. Auch in der SPD verstärkt sich der Widerstand gegen das Schmidt-Genscher-Atomprogramm.

Den Lügen der Atomindustrie gilt es weiterhin offensiv entgegenzuwirken. Unsere Fakten, Zahlen und Argumente sprechen eindeutig gegen Kernenergie und Atomindustrie. Wir müssen sie innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, in SPD und DGB vortragen, um dadurch die Mehrheit der Arbeitnehmer für uns zu gewinnen. Gleichzeitig müssen wir überzeugende Antworten auf solche Fragen wie: "Was soll aus meinem Arbeitsplatz werden?" und: "Wie kann man verhindern, daß demnächst die Lichter ausgehen?!"

VORAN ist der Meinung, daß diese Antworten nur im Zusammenhang eines umfassenden sozialistischen Programms zu finden sind. Deshalb muß der Kampf gegen AKWs mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden werden. Nur im Rahmen einer vernünftig und volkswirtschaftlich geplanten Produktionsweise, die unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung steht, kann das Interesse an einer sauberen und unverseuchten Umwelt mit dem Ziel eines angemessenen und sicheren Lebensstandards unter einen Hut gebracht werden.

ABONNIERT VORAN

* ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20 433 überwiesen. (Abonnis für sechs Ausgaben) Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang

* ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Voran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75